

Gründung von SWZ und zur außenwirtschaftlichen Öffnung als richtig bestätigt (SWB, 28.11.90).

Seit Errichtung der SWZ Shenzhen war die Stadt ein Experimentierfeld für viele Wirtschaftsreformen, die den Reformprozeß in Gesamtchina stark beeinflussten. So wurde beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt das Wettbewerbs- und Leistungsprinzip eingeführt; Shenzhen übernahm das Vertragsarbeitersystem, das auch Entlassungen ermöglicht. Auch mit der Freigabe von Preisen für landwirtschaftliche Produkte wurde in Shenzhen zuerst experimentiert. Weiterhin erfolgte in Shenzhen die versuchsweise Reform des Banken- und Kreditsystems. Die Zentralbank richtete in Shenzhen 1985 die erste Devisenbörse ein; später wurden Devisenbörsen in Beijing, Guangzhou und Shanghai gegründet. Auch Experimente mit der Umwandlung von Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften wurden in Shenzhen durchgeführt. Die Anzahl solcher Aktiengesellschaften beträgt heute rd. 80, von denen 19 Unternehmen die Genehmigung der Zentralbank besitzen, ihre Aktien auf einer Aktienbörse anzubieten. Staatliche Unternehmen, die ineffizient wirtschaften, gehen in Shenzhen [im Gegensatz zur Praxis in Gesamtchina] in Konkurs. So erklärten in den letzten Monaten in Shenzhen 10 staatliche Unternehmen, die aufgrund schlechten Managements zahlungsunfähig geworden waren, den Konkurs. Im April d.J. versteigerte die Lokalregierung vier staatliche Unternehmen an ausländische und inländische Bieter (SWB, 6.11.90).

Der wirtschaftliche Erfolg Shenzhens seit der Errichtung der SWZ vor zehn Jahren spiegelt sich u.a. in der Wachstumsrate des Bruttoeinkommens der Stadt von jährlich 49% wider. Der industrielle Outputwert erhöhte sich innerhalb dieser zehn Jahre um 72,9% und der Exportwert um 79,5% jährlich. Außerdem stiegen die öffentlichen Einnahmen mit einer jährlichen Wachstumsrate von 58,1% (SWB, 3.10.90).

Auch die Folgen der restriktiven Wirtschaftspolitik der Zentralregierung hat die SWZ Shenzhen im Vergleich zu anderen Regionen besser überstanden. So stieg der industrielle Produktionswert in den ersten neun Monaten um 33,4% gegenüber der Vorjahresperiode

de auf 10.983 Mrd. Yuan. Von dem gesamten Produktionswert betrug der Exportanteil 6.776 Mrd. Yuan und erhöhte sich um 55% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Auch der Einzelhandelsumsatz stieg in den letzten neun Monaten deutlich stärker in Shenzhen als im Landesdurchschnitt, nämlich um 15%. Ebenso erhöhten sich die öffentlichen Einnahmen überdurchschnittlich um 40% gegenüber der Vorjahresperiode (XNA, 12.10.90).

Shenzehn und die übrigen SWZ tragen mit einem Anteil von 10% zum gesamten Export Chinas bei; der Anteil der für den Export gefertigten Güter an der gesamten industriellen Produktion Shenzhens macht 60% aus. Die besondere Bedeutung Shenzhens bei der Absorbierung ausländischen Kapitals spiegelt sich darin wider, daß hier seit den letzten zehn Jahren rd. 3.000 sino-australische Joint Venture gegründet und 5,5 Mrd. US\$ aus dem Ausland investiert wurden. Für die Zentralregierung ist Shenzhen auch eine wichtige Devisenquelle geworden, da die SWZ seit 1989 20% ihrer Deviseneinnahmen an Beijing abliefern muß (FAZ, 28.9.90).

Konkurrenz wird Shenzhen demnächst durch die neu gegründete SWZ Pudong in Shanghai erhalten. Um gegenüber dieser neuen SWZ für ausländische Investoren attraktiv zu bleiben, aber auch um den Übergang beim 1997 erfolgenden Anschluß Hongkongs an das Festland zu erleichtern, will Shenzhen eine eigene SWZ-Währung einführen. Ob die Zentralregierung jedoch dieser Forderung zustimmen wird, ist wenig wahrscheinlich (SWB, 9.11.90). -schü-

*(33)

CITIC-Präsident auf Goodwill-Tour

Der Präsident der China International Trust and Investment Corporation (CITIC), Rong Yiren, kam auf Einladung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft am 26.11.90 nach Köln, um vor Vertretern aus Wirtschaft und Politik zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Öffnungspolitik Stellung zu nehmen.

Nach Rong Yiren werde die chinesische Regierung die Öffnungs- und Reformpolitik auch in der Zukunft weiter fortsetzen. Als Schritt zur wei-

teren außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas wurde von Rong Yiren der Ausbau der bisherigen Sonderwirtschaftszonen (SWZ) durch die Gründung der SWZ Pudong in Shanghai genannt. Investitionsschwerpunkte im anstehenden 8.Fünffjahresplan werden nach Angaben des CITIC-Präsidenten insbesondere die Landwirtschaft und die technologische Erneuerung der Industriebetriebe sein. Die für den Exportbereich produzierenden ländlichen Kleinbetriebe sollen im Bereich des Managements und der Produktqualität besonders unterstützt werden.

Viele der sehr konkret gestellten Fragen der deutschen Vertreter aus Wirtschaft und Politik, die nähere Prioritäten und Inhalte des anstehenden Fünffjahresplanes erfahren wollten, konnte Rong Yiren eher nur allgemein beantworten. Dies ist vor dem Hintergrund verständlich, daß die Diskussion in Partei und Regierung über die genauen Inhalte des 8.Fünffjahresplanes bis Ende November noch nicht abgeschlossen war. Letztlich ist die Reise Rong Yirens, der gleichzeitig u.a. stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses ist, als Goodwill-Tour nach der Niederschlagung des demokratischen Protestes im Juni letzten Jahres und der damit verbundenen Aussetzung der Hermes-Bürgschaften und der Entwicklungshilfe auf wirtschaftlicher Ebene und dem Einfrieren hochrangiger Kontakte auf diplomatischer Ebene zu betrachten. -schü-

Binnenwirtschaft

*(34)

Rundschreiben des Staatsrates zur Aufhebung der internen Marktzutrittsbeschränkungen

Am 10.11.1990 veröffentlichte der Staatsrat ein Rundschreiben, in dem die Aufhebung der internen Marktzutrittsbeschränkungen gefordert wird.

Der Aufruf des Staatsrates erfolgt vor dem Hintergrund der sich gesamtwirtschaftlich negativ auswirkenden Praxis in den einzelnen Provinzen, Märkte regional abzuschotten. So soll die Provinz Jilin den Bierimport aus der

Nachbarprovinz Heilongjiang unter sagt, die Provinz Xinjiang den Verkauf von Wolle beschränkt und den Import einer Reihe von Produkten wie Fahrräder und Fernsehgeräte ausgesetzt haben. Selbst die ökonomisch relativ gut entwickelte Provinz Jiangsu diskriminiert Importe aus anderen Provinzen durch hohe Steuern. Aus Shanghai wird berichtet, daß die Baumwollspinnereien nur rund die Hälfte der staatlichen Baumwollquoten erhalten werden, da sich die Baumwolle produzierenden Provinzen weigern zu liefern. Auch die Errichtung lokaler Kontrollstationen entlang der Hauptverkehrswege zwischen den Provinzen, die Gebühren für den Transport von Produkten aus anderen Provinzen erheben, wird als protektionistische Maßnahme eingesetzt. Die Erfahrung eines Händlers aus der Provinz Shandong, der mit 5 t Weintrauben auf dem Weg in die Provinz Fujian an rund 100 dieser Kontrollstationen gestoppt wurde und willkürliche Gebühren und Steuern zahlen mußte, ging als typisches Beispiel der negativen Auswirkungen lokaler Marktbarrieren durch die chinesische Presse. Darüberhinaus wird von einigen Bezirken, wie beispielsweise aus der Provinz Henan berichtet, daß sie eigene Währungen ausgegeben haben, die an die Stelle der offiziellen Währung gesetzt wurden.

Einem Bericht der *China Daily* nach, ist der wachsende Regionalismus eine Abwehrreaktion auf die schleppende Marktnachfrage und die Folgen der restriktiven Wirtschaftspolitik. Der stark rückläufige Einzelhandelsumsatz führte zu steigender Lagerhaltung und hoher Kapitalbindung in den Unternehmen. Die Folge war ein zunehmender Wettbewerb, in dem Unternehmen mit einem hohen Qualitätsstandard ihrer Produkte günstigere Absatzbedingungen hatten. Da die lokalen Verwaltungsbehörden nicht mehr unbeschränkt staatliche Subventionen für unrentable Unternehmen erhielten, sahen sie sich gezwungen, Unternehmen mit geringen Wettbewerbschancen durch administrative Bestimmungen gegenüber Produkten aus anderen Regionen zu schützen. Da viele lokale Regierungsbehörden ähnlich handelten, entstand so ein "Teufelskreis des lokalen Protektionismus", der von einzelnen Regierungsbehörden nicht durchbrochen werden konnte.

Die Errichtung von Marktzutrittsbeschränkungen zwischen einzelnen Provinzen hat nach Darstellung des Staats-

rates in letzter Zeit ein solches Ausmaß erreicht, daß dadurch der Güterhandel blockiert und das Problem der schleppenden Nachfrage verschärft wurde. Außerdem sei die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Politik der Aufrechterhaltung eines stabilen und aufeinander abgestimmten Wachstums der Gesamtwirtschaft schwerwiegend behindert worden. Um die Marktbarrieren abzubauen, stellt der Staatsrat in seinem Rundschreiben bestimmte Forderungen, die im folgenden zusammengefaßt aufgeführt werden.

1. Die Entscheidungsrechte der Unternehmen in der Produktion und im Geschäftsbereich sind zu schützen. Nach Erfüllung der staatlichen Planaufgaben haben die Unternehmen das Recht, ihre Produkte in Übereinstimmung mit den entsprechenden staatlichen Bestimmungen unbeschränkt im ganzen Land zu vermarkten. Unter Anleitung durch den Plan und auf der Grundlage rationaler Wirtschaftsprinzipien und praktischer Anforderungen in der Produktion und im Geschäftsbereich sollen Unternehmen, die in den Angebotssektoren für Industrie, Handel und Rohstoffe arbeiten, ihre Warenkäufe ohne lokale Beschränkungen durchführen können. Den lokalen Stellen und Abteilungen [der Verwaltungsbehörden] ist die Restriktion solcher Käufe untersagt. Insbesondere bei der Durchführung des vertraglichen Verantwortungssystems der Unternehmensleiter ist die Vorgabe von starren Bestimmungen über Käufe und Vermarktung und die Bindung des Verkaufs lokaler Produkte an den Vertrag nicht erlaubt. Den Handelsunternehmen dürfen keine Produkte schlechter Qualität oder unverkäufliche Produkte mit hohen Preisen aufgezwungen werden.
2. Der ungehinderte Güterhandel ist sicherzustellen. Die lokalen Stellen und Abteilungen dürfen weder auf Straßen, Bahnhöfen oder Häfen noch in Grenzgebieten zwischen den Provinzen ungenehmigte Kontrollstationen errichten, die willkürlich Gebühren und Strafzahlungen fordern, und damit den Gütertransport behindern. Für die genehmigten Kontrollstationen besteht die Auflage, daß sie bei Produkten aus anderen Regionen nicht
3. Das staatliche Finanz- und Steuerverwaltungssystem ist streng durchzusetzen. Den lokalen Einheiten und Abteilungen ist es untersagt, ohne Genehmigung Steuern und Gebühren zu erhöhen, den Steuersatz für Produkte aus anderen Gebieten oder für Unternehmen, die Produkte aus anderen Regionen vermarkten, zu verändern. Es ist [den lokalen Verwaltungsbehörden] nicht erlaubt, sich durch Strafbestimmungen und Marktbarrieren der Unternehmensgewinne zu bemächtigen; auch die Reduzierung der Steuern für lokale Produkte oder ihre Befreiung von der Steuer ist verboten.
4. Die Banken auf lokaler Ebene sollen die Unternehmen bei der Auswahl und beim Kauf von Qualitätsprodukten durch Kredite unterstützen. Eine Diskriminierung bei der Kreditvergabe an solche Unternehmen, die Produkte aus anderen Regionen vermarkten, darf nicht erfolgen.
5. Die Abteilungen für die Überwachung der Güterpreise sollen ihre Kontrollen verstärken und einen fairen Wettbewerb zwischen Handelsunternehmen unterstützen; die Unternehmen müssen die Bestimmungen zur Preiskontrolle genau beachten. Die Abteilungen für die Überwachung der Güterpreise sollen auch Versuche unterbinden, durch Erhöhung der Unterschiede zwischen den Preisen lokaler Produkte und von Produkten anderer Regionen oder zwischen Groß- und Einzelhandelspreisen die Vermarktung nicht-lokaler Produkte zu beschränken. Der Kauf lokaler Produkte darf nicht an die Vermarktung von Produkten aus anderen Regionen zu staatlich fixierten Preisen gebunden werden.
6. Alle lokalen Verwaltungsbehörden und Abteilungen haben die bisherige Praxis der Errichtung von Marktbarrieren zwischen Regionen zu überprüfen und Anstrengungen zur Readjustierung der Wirtschaftsstruktur zu unternehmen. Leiter der lokalen Verwaltungsbehörden und Abteilungen, die weiterhin den Marktzutritt für nicht-

strengere Kontrollmaßstäbe als bei den lokalen Produkten anlegen dürfen.

lokale Produkte und damit den Güterhandel erschweren, werden zur Verantwortung gezogen.

Das Rundschreiben des Staatsrates macht deutlich, welche Probleme durch den regionalen Protektionismus entstanden sind und welche Interessengegensätze zwischen den lokalen Einheiten und der Zentralregierung bestehen. Inwieweit die lokalen Regierungseinheiten zugunsten einer sich gesamtwirtschaftlich positiv auswirkenden Verhaltensänderung bereit sind, ist jedoch ungewiß.

Seit der Dezentralisierung von Verfügungsrechten an den Unternehmensgewinnen und Kontrollrechten über lokale Rohstoffe und Güter von der Zentralregierung auf die lokalen Verwaltungseinheiten hat die wirtschaftliche Macht der einzelnen Regionen erheblich zugenommen. Aus diesem Grund ist es nach Aussagen von Dai Yuanchen (Wissenschaftler an der Akademie für Sozialwissenschaften) in einem Interview mit der *IHT* denn auch für die Regierung in Beijing sehr schwierig geworden, zentrale Direktiven gegenüber den Regionen durchzusetzen.

Allein zwischen 1984-1988 sank der Anteil der Finanzeinnahmen der Zentralregierung an den gesamten Einnahmen von 56,1% auf 44,2%. Dieser Anteil sagt jedoch noch wenig über die tatsächlichen Finanzeinnahmen der Regierung aus, da das im Verlauf der Wirtschaftsreform eingeführte Steuersystem wenig effizient ist. So ermöglichte das Steuersystem den Unternehmen gegenüber den lokalen Steuerbehörden einen Verhandlungsspielraum durchzusetzen, und auch die einzelnen Regierungseinheiten auf Kreis-, Stadt- und Provinzebene sind aufgrund unklarer Bestimmungen in der Lage, um die Höhe der Steuerzahlungen an die jeweilig übergeordnete Regierungseinheit zu feilschen. Jin Xin, Direktor der staatlichen Steuerverwaltung, wies auf einer nationalen Tagung der Leiter der Steuerbehörden auch auf die Praxis in manchen Regionen hin, ohne Genehmigung der Zentralregierung Steuern zu reduzieren oder Unternehmen von der Steuerzahlung zu befreien. Die hohen Steuerschulden der Unternehmen veranlaßten den Staatsrat Ende Oktober d.J. zu einem Rundschreiben, in dem die Regierungseinheiten aller Ebenen dazu aufgerufen wurden, die

Unternehmen zur Zahlung der säumigen Steuern anzuhalten. Bis Ende des Jahres sollen die Steuerschulden der Unternehmen um 20% gegenüber Anfang dieses Jahres reduziert werden, um die geplanten Einnahmen im Staatsbudget zu garantieren. Eine Veränderung des Steuersystems, durch das der Zugriff der Zentrale auf die Unternehmensgewinne wieder verstärkt wird, erscheint jedoch aufgrund der starken Widerstände vor allem aus den reicheren Küstenprovinzen und Städten wenig wahrscheinlich. (SWB, 29.10., 12.11. u. 27.11.90; CD, 6.11.90; AWSJ, 5.11. u. 7.11.90; IHT, 24./25. 11.90). -schü-

*(35)

Binnenwirtschaftliche Entwicklung weiterhin kritisch

Die Entwicklung einiger wichtiger ökonomischer Indikatoren bis Oktober 1990 spiegelt die weiterhin kritische Situation der chinesischen Binnenwirtschaft wider.

- Bis zum 3.Quartal 1990 betrug die Steigerung des industriellen Bruttoproduktionswertes 3,1% gegenüber der Vergleichsperiode 1989. Während die Erhöhung des industriellen Bruttoproduktionswertes bis Ende August erst 2,6% betrug, machte der Zuwachs im Monat September 7,5% und im Oktober 12,7% aus. Dadurch stieg der industrielle Bruttoproduktionswert von Januar bis Oktober auf 4,1% (CD, 4.10. u. 8.11.90; XNA, 25.10.90).

Allerdings haben zu dieser positiven Entwicklung der Industrieproduktion in den letzten Monaten weniger die staatlichen Unternehmen, als die kollektiven und privaten Unternehmen beigetragen; auch der Beitrag der wirtschaftlich stärker entwickelten Provinzen zur Steigerung des Bruttoproduktionswertes war wesentlich höher. So zeigt die genauere Betrachtung des industriellen Bruttoproduktionswertes bis zum 3.Quartal, daß die die staatlichen Unternehmen am Wertzuwachs der Industrieproduktion nur mit 0,7% beteiligt waren, während die kollektiven Unternehmen auf dem Lande Steigerungsraten von 7,4% und die privaten und sino-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen von 43%

erreichten (NZZ, 30.11.90). Die hohe Wachstumsrate der industriellen Bruttoproduktion im Oktober 1990 stützt sich einerseits auf die relativ schnellere wirtschaftliche Erholung der Küstenprovinzen. So stieg der industrielle Output in der Provinz Jiangsu um 21,4%, in Zhejiang um 21,9%, in Guangdong um 27% und in Hainan um 38,3% gegenüber der Vorjahresperiode. Andererseits haben die stärkere Erhöhung der leichtindustriellen Produktion um 16,2% gegenüber der Zuwachsrate von 9,1% in der Schwerindustrie in unterschiedlichem Ausmaß zur gesamten Steigerung des industriellen Bruttoproduktionswertes im Monat Oktober 1990 beigetragen (CD, 8.11.90).

Die Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion in den letzten Monaten ist auch auf die Ausweitung der Kredite an die staatlichen Unternehmen zurückzuführen, die bis Ende September 1990 um 143 Mrd. Yuan gegenüber dem Jahresanfang zunahm. Diese Kredite dienten u.a. der Lösung von Liquiditätsproblemen in den Unternehmen. Aufgrund der schleppenden Marktnachfrage wurde ein großer Teil dieser Kredite in steigenden Lagerbeständen gebunden. Bis September 1990 erhöhte sich der Wert des Lagerbestands in den staatlichen Unternehmen um 26 Mrd. Yuan gegenüber dem Jahresanfang auf 120 Mrd. Yuan (SWB, 7.11.90 u. CD, 25.10.90).

Ob die für das Jahr 1990 geplante Wachstumsrate von 6% erreicht werden kann, wird davon abhängen, ob bis Ende des Jahres weiterhin zweistellige Zuwachsraten realisiert werden können.

- Die Arbeitsproduktivität im industriellen Sektor sank bis zum 3.Quartal 1990 um 0,8% gegenüber der Vorjahresperiode auf 13.925 Yuan/pro Kopf. Auch nach offiziellen Angaben ist diese Entwicklung zum Teil eine Folge der staatlichen Subventionen an die Unternehmen. Um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten, wurden die Unternehmen [hier insbesondere die staatlichen Unternehmen in den Städten, während die Unternehmen in den ländlichen Gebieten als Folge der

restriktiven Politik Arbeitskräfte entlassen mußten] durch Subventionen in die Lage versetzt, auch überschüssige Arbeitskräfte weiter zu beschäftigen. Insgesamt stieg sogar die Gesamtzahl der Arbeiter um 570.000 bzw. um 1,4% bis September 1990 im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Arbeitsproduktivität im leichtindustriellen erhöhte sich schneller als im schwerindustriellen Sektor. Allein im Monat September stieg die Arbeitsproduktivität in der Leichtindustrie aufgrund günstiger Marktbedingungen um 6,6% gegenüber dem Vormonat, während dieser Zuwachs in der Schwerindustrie nur 3,1% ausmachte. Als Grund hierfür gilt die mangelnde Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie hohe Lagerbestände in der Schwerindustrie (XNA, 16.11.90).

Trotz geringer Arbeitsproduktivität, vor allem in den staatlichen Unternehmen, stiegen die Einkommen der Beschäftigten zwischen Januar bis Oktober 1990 um 11,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Allein im Monat Oktober erhöhte sich die Lohnsumme um 15,9% bzw. 24,1 Mrd.Yuan (XNA, 17.11.90). Die Anhebung der Löhne soll der Ausweitung der privaten Nachfrage dienen und die gesellschaftliche Akzeptanz für die geplante schrittweise Aufhebung der staatlichen Preissubventionen für die städtische Bevölkerung garantieren.

Von Januar bis Juli 1990 sanken die Gewinne der staatlichen Unternehmen um 56% gegenüber der Vorjahresperiode bzw. um 19,7 Mrd.Yuan. Die Verluste verdoppelten sich bis Ende Juli und erreichten 15,1 Mrd.Yuan und erhöhten sich bis Ende September auf 20 Mrd. Yuan (CD, 11.10.u.25.10.90). Als Folge dieser Entwicklung sah sich die Regierung verlaßt, den Unternehmen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit verbunden war eine Erhöhung der Staatsausgaben bis zum 3.Quartal um 16,8%, während der Anstieg der staatlichen Einnahmen nur 13,7% ausmachte (SWB, 31.10.90).

Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich bis zum 3.Quartal 1990 lediglich um 2,2% gegenüber der

Vorjahresperiode. Während in den Städten der Einzelhandelsumsatz in dieser Periode um 3,4% stieg, ging er in den ländlichen Gebieten um 5,1% zurück (XNA, 9.11.90). Die Zunahme des Einzelhandelsumsatzes erfolgte erst ab Mitte des Jahres mit monatlichen Zuwachsraten von 1,9% im August und 3,6% im September im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresperioden (XNA, 26.9.u.25.10.90). Bis Ende 1990 wird mit einer Erhöhung des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf 825 Mrd.Yuan gerechnet, dies entspricht einer Steigerung von 1,8% gegenüber dem Vorjahr.

Als Gründe für die geringe Steigerung des Einzelhandelsumsatzes werden von chinesischer Seite sowohl die mangelhafte Qualität vieler Produkte genannt sowie die dem Bedarf nur unvollkommen entsprechende Produktstruktur. Außerdem würden die steigenden privaten Ersparnisse den für Konsumzwecke verwendeten Teil der Einkommen reduzieren (XNA, 9.11.90).

Obwohl die Zinsrate für Spareinlagen im April 1990 bereits gesenkt wurde, gefolgt von einer nochmaligen Zinssenkung um durchschnittlich 1,7% im August, erhöhten sich die Spareinlagen, und die mit der Zinssenkung verfolgte Ankurbelung des Konsums blieb aus. Allein in den Städten stiegen bis Anfang September die Spareinlagen bei der Industrie- und Handelsbank auf 280 Mrd.Yuan. Nach einer von dieser Bank und einem Meinungsforschungsinstitut durchgeführten Befragung ist denn auch die Höhe des Zinssatzes nicht der ausschlaggebende Grund für die Konsumenten, mehr zu sparen. So erklärten 74% der befragten 961 Personen, daß ihre Ersparnisse für Notfälle in der Zukunft bestimmt seien; die Hälfte der befragten Personen wollte auch dann weiter sparen, wenn die Inflationsrate die Sparzinsen übersteigen sollte.

Auch in den ländlichen Gebieten stiegen die individuellen Spareinlagen und betragen Ende September 107,5 Mrd.Yuan bei der Landwirtschaftsbank und 175,5 Yuan bei den landwirtschaftlichen Kreditge-

nossenschaften. Im Jahre 1989 betragen die gesamten Spareinlagen der Bauern 141,12 Mrd.Yuan. Zwar reduzierte die Landwirtschaftsbank im August auch die Sparzinsen auf einjährige Spareinlagen von 10,08% auf 8,34%, doch blieb die erwartete Steigerung der Nachfrage aus. Vertreter der Landwirtschaftsbank begründen dies Verhalten u.a. mit der stärkeren staatlichen Kontrolle über die ländlichen Industriebetriebe, die zu einem Rückgang der Investitionen der Bauern in diesem Bereich geführt hat. Darüberhinaus würden die Bauern eher eine abwartende Haltung hinsichtlich der weiteren [wirtschaftlichen] Entwicklung einnehmen. Bis Ende September stiegen die Spareinlagen in den Städten und ländlichen Gebieten auf 661,7 Mrd.Yuan, während 1989 insgesamt die Spareinlagen nur 514,69 Mrd. Yuan ausmachten (XNA, 28.9. u. 4.11.90; Zhongguo Tongji Nianjian 1990, S, 295).

Insgesamt wird deutlich, daß sich die chinesische Binnenwirtschaft in diesem Jahr bisher noch nicht von den Folgen der restriktiven Wirtschaftspolitik erholt hat. Die wirtschaftliche Entwicklung ist weiterhin durch eine relativ geringe und strukturell unterschiedliche Steigerung des industriellen Bruttoproduktionswertes, niedrige Arbeitsproduktivität, geringe Effizienz, vor allem in den staatlichen Unternehmen, und schwache Marktnachfrage gekennzeichnet. Als Erfolg der Austeritätspolitik kann die Regierung zwar die Eindämmung der Inflation verbuchen. So konnte die Inflationsrate (Einzelhandelspreisindex) von 17,8% im Jahr 1989 auf 2,3% bis zum 3.Quartal 1990 reduziert werden, und für das Jahr 1990 wird offiziell mit einer Preissteigerung von unter 5% gerechnet (SWB, 6.11.90 u. XNA, 24.10.90). Die erneute Ausweitung der staatlichen Investitionen, der Kredite und der Löhne, der schrittweise Abbau der Preissubventionen für die städtischen Einwohner sowie die wieder als notwendig anerkannte Weiterführung der Preisreform, läßt jedoch eine erneute Inflationsrunde wahrscheinlich werden. So stiegen die Bankkredite zwischen Januar bis Oktober 1990 auf 214,7 Mrd. Yuan bzw. um 108,4 Mrd. Yuan mehr als in der Vorjahresperiode; allein im Oktober wurden die Bankkredite um 34,6 Mrd.Yuan ausgeweitet, ein-

schließlich der Kredite in Höhe von 21,9 Mrd. Yuan für den staatlichen Ankauf landwirtschaftlicher Produkte. Die Investitionen in festes Anlagevermögen erhöhten sich in diesem Zeitraum um 8,4% auf 141,9 Mrd. Yuan gegenüber der Vorjahresperiode. Im Oktober war die Steigerung der Investitionen um 12,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum besonders deutlich (XNA, 17.11.90). -schü-

***(36)
Goldproduktion erhöht**

Nach Angaben eines Sprechers der staatlichen Goldverwaltung wird die diesjährige Goldproduktion über den geplanten Zuwachs von 6,8% hinaus erhöht werden können. Bis Jahresende wird mit einer Steigerung der Produktion um 20% gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Absolute Zahlen über die Höhe der Goldproduktion werden von chinesischer Seite nicht veröffentlicht. Ausländische Schätzungen kommen zu unterschiedlichen Aussagen, die für 1989 von einer Produktionsmenge von 93 t einerseits und 50-60 t andererseits ausgehen.

Nach Angaben des Staatsrates stieg die Goldproduktion innerhalb des 7.Fünfjahresplanes (1986-1990) um 60% und soll im anstehenden 8.Fünfjahresplan um 50-70% zunehmen. Um die geplante Produktionssteigerung zu realisieren, soll die Goldindustrie weiterhin besondere staatliche Förderung genießen. Auch die guten Produktionsergebnisse in diesem Jahr sind nach offiziellen Berichten auf die präferentielle Versorgung der Goldindustrie mit Rohstoffen und Energie zurückzuführen. Die staatlichen Investitionen in die Goldproduktion werden in diesem Jahr mit einem Umfang von 1,1 Mrd. Yuan (1989:1,05 Mrd. Yuan) weiter steigen. Dies ist vor dem Hintergrund der starken Einschränkungen der gesamten staatlichen Investitionen besonders bemerkenswert.

Die Steigerung der Goldproduktion soll aus chinesischer Sicht die Befürchtungen des Auslands reduzieren, ob China die sich nach offiziellen Angaben auf 45,4 Mrd. US\$ Ende Juni d.J. belaufenden Auslandsschulden zurückzahlen kann. Den Auslandsschulden stehen Devisenreserven in Höhe von 23,4 Mrd. US\$ Ende Juni d.J. und ein nach chinesischen Berichten mit 12,67

Mio. Feinunzen angegebener Goldbestand gegenüber. Die Erhöhung der Goldproduktion dient der Verbesserung der Kreditwürdigkeit und soll eine Ausweitung der ausländischen Kredite ermöglichen, aber auch der Zentralbank einen größeren Spielraum zur Steigerung der inländischen Geldmenge geben. (XNA, 15.10.u.2.11.90; NfA, 10.9.90; IHT, 28.11.90) -schü-

***(37)
Staatlicher Getreideaufkauf statt Vertragsaufkauf**

Einem Beschluß des Staatsrates zufolge, wird mit Beginn des Getreideaufkaufs der diesjährigen Herbsternste das bisherige Aufkaufssystem eine neue Bezeichnung tragen. An die Stelle der Formulierung "Vertraglich festgelegter Aufkauf" (dinggou hetong) tritt nunmehr die Bezeichnung "Staatlicher Aufkauf" (goujia dinggou), um die durch die Bauern zu garantierende Ablieferung des Getreides an den Staat hervorzuheben. Die Höhe der vorgesehenen Ablieferungsmenge von insgesamt 50 Mrd. Kg Getreide, der Aufkaufspreis und die Politik der Bindung der Getreideablieferung an landwirtschaftliche Inputs soll bestehen bleiben.

Im Jahre 1985 wurde vor dem Hintergrund hoher Getreideernten das bis dahin bestehende System des garantierten Aufkaufs der gesamten Getreideernte durch den Staat durch einen vertraglich festgelegten Ankauf mit fixen Aufkaufsmengen (dinggou hetong) ersetzt. Allerdings wurde den Bauern die vertraglich bestimmte Ankaufsquote vorgegeben und auch ihre Erfüllung zwingend vorgeschrieben.

Nach Aussagen eines Sprechers des Handelsministeriums haben die Bauern in den letzten Jahren das System des vertraglichen Aufkaufs falsch interpretiert. So seien die Bauern davon ausgegangen, daß die Bedingungen des vertraglichen Aufkaufs für sie vorteilhaft sein müßten und hätten dementsprechend ihre Verpflichtung des Getreideverkaufs an den Staat vernachlässigt; als Folge dieses Verhaltens sei der Getreideaufkauf immer schwieriger geworden. Durch die neue Formulierung "Staatlicher Aufkauf" soll nunmehr das Mißverständnis über die von den Bauern zu garantierenden Getreideverkäufe ausgeräumt werden.

Die Betonung der imperativen Getreideverkäufe an den Staat kann wohl auch auf die Bedenken der Regierung hinsichtlich eines möglichen Produktionsrückgangs im nächsten Jahr zurückgeführt werden. So sind aufgrund der letzten Rekordernten die Preise auf dem freien Märkten sehr niedrig und bieten den Bauern wenig Anreize zum Getreideanbau. Bereits 1985 fiel die Getreideproduktion nach einer Rekordente im vorausgegangenen Jahr um 7%, da der Staat die Überquotenmengen nicht aufkaufen konnte und die Preise auf den freien Märkten ihren Tiefststand erreichten. (RMRB, 11.11.90; SWB, 21.11.90) -schü-

***(38)
Diskussion über die Institutionalisierung eines sozialen Wohlfahrtsystems**

Ende Oktober wurde in Beijing eine viertägige Diskussionsveranstaltung mit 130 Delegierten vom chinesischen Festland und von Hongkong zur Einführung eines sozialen Wohlfahrtsystems in den 90er Jahren in der Volksrepublik China und in Hongkong durchgeführt. Vor dem Hintergrund des ständig wachsenden Anteils der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung wurde als wichtigste Aufgabe von den Delegierten die Gestaltung eines Rentensystems und die Erarbeitung einer Strategie zur sozialen Absicherung genannt.

Die Anzahl der Rentner in China beträgt gegenwärtig rd. 22 Millionen und nimmt jährlich um 1,4 Millionen zu. Die zunehmende Zahl der Rentner machte steigende Rentenzahlungen der staatlichen Unternehmen notwendig, die inzwischen 38 Mrd. Yuan betragen. Trotz der steigenden Ausgaben für die Rentner wird die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der alten Menschen immer schwieriger. Diese Situation wird sich in den folgenden Jahrzehnten weiter verschärfen; so wird Trendberechnungen zufolge im Jahre 2030 die Anzahl der Rentner bereits auf 100 Millionen gestiegen sein, so daß entsprechende Rentenzahlungen von 300 Mio. Yuan erforderlich werden würden.

Nach einem Bericht in *China Daily* plant die Regierung landesweit ein Rentensystem einzuführen, das auf einer Kooperation zwischen Staat, Un-

ternehmen und Individuen basieren soll. Die Unternehmen leisten steuerbegünstigte Zahlungen an einen Rentenversicherungsfonds und auch von den Beschäftigten werden Beiträge von in der Regel unter drei Prozent ihres monatlichen Einkommens erhoben. In der Provinz Jiangxi wurde dies System für Beschäftigte in staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen im Jahre 1986 eingeführt, wobei die Unternehmen Zahlungen in Höhe von 21% der Lohnsumme und die Beschäftigten 1% ihrer Einkommen an eine Abteilung für einheitliche Rentenverwaltung leisteten.

Im früheren System der Altersversorgung mußten die einzelnen staatlichen Unternehmen die Sicherung der Renten durch die Errichtung eines Rentenfonds übernehmen, der aus den Unternehmensgewinnen finanziert wurde. Im Verlauf des Reformprozesses haben sich die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Unternehmen deutlich vergrößert und damit ihre jeweilige Fähigkeit, zur Garantie und Verbesserung des Lebensstandards der Rentner beizutragen. Die staatlichen Unternehmen sind überwiegend nicht mehr in der Lage, die Renten ihrer Beschäftigten allein zu sichern, aber auch die Regierung besitzt aufgrund der Dezentralisierung von Verfügungsrechten an den Unternehmensgewinnen auf lokale Verwaltungseinheiten nicht die finanziellen Mittel, um allein diese Aufgabe durchzuführen. Die versuchsweise Einführung des neuen Rentensystems im Jahre 1984 blieb zunächst auf staatliche Unternehmen beschränkt, wurde in den folgenden Jahren jedoch auf einige kollektiveigene Unternehmen und auf Vertragsarbeiter ausgeweitet.

Vor der landesweiten Einführung des neuen Rentensystems ist insbesondere zu klären, inwieweit Beschäftigte in privaten Unternehmen und in Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil in das neue Rentensystem einbezogen werden können. Nicht alle Rentenfonds werden durch spezielle Rentenversicherungsgesellschaften verwaltet, sondern viele unterstehen der direkten Kontrolle der Finanzabteilung der Lokalregierungen. So muß sichergestellt werden, daß die Rentenfonds nicht zur Deckung finanzieller Defizite herangezogen werden. (XNA, 30.8., 1.11.u.4.11.90; CD, 31.10.90) -schü-

*(39)

Erste Schritte zur Reduzierung der staatlichen Preissubventionen

Mit der Anhebung des staatlich festgelegten Zuckerpreises um 58% und der Preise einer Reihe von anderen Produkten wie beispielsweise Salz, Kohle und Benzin Anfang November d.J. unternimmt die chinesische Regierung erste Schritte zur Reduzierung der Preissubventionen, die den staatlichen Haushalt immer stärker belastet haben (IHT, 2.11.90). Während der Anteil der Preissubventionen [ohne Berücksichtigung der Subventionen an Unternehmen] an den Gesamtausgaben des Staates 1978 noch 8,4% ausmachte, erhöhte sich dieser Anteil im Jahre 1989 bereits auf 12% bzw. 37 Mrd.Yuan.

Nach Angaben der taiwanesischen Zeitschrift *Dongxiang* in der Novemberausgabe 1990 stiegen die Preise in den großen Städten auf dem Festland am 1.11.90 sogar zwischen 40-150%. Von den Preiserhöhungen sollen Zucker, Salz, Produkte aus Baumwolle und Wolle sowie Produkte aus Eisen und Aluminium, aber auch Gas, Wasser, Elektrizität, Transportgebühren, die medizinische Versorgung und sogar Kinokarten betroffen worden sein. Über die geplante Preiserhöhung wären zwar die Kader bis auf Behördenebene bis zum 28.10.90 informiert gewesen, eine offizielle Ankündigung sei jedoch vermieden worden, um keine Panikkäufe entstehen zu lassen. Trotzdem soll es nach *Dongxiang* in den großen Städten wie Beijing, Shanghai, Tianjin, Shenyang, Chongqing, Xian und Zhengzhou zu Panikkäufen gekommen sein. Im Bezirk Dongdan der Stadt Beijing seien beispielsweise an einem Nachmittag in einem staatlichen Lebensmittelgeschäft 500 kg Salz gekauft worden sein, 15mal mehr als im Durchschnitt.

Daß der Staatsrat zum 1.November d.J. die Kohlepreise erhöht hat, geht auch aus einem Beschluß der Provinz Jilin hervor. Nach der Anhebung des staatlichen Kohlepreises erhöhte die Provinz Jilin die Preise für Benzin und Energie, einschließlich Kohle sowie Petroleum- und Propangas, für die privaten Nutzer. Als Grund für den Preisanstieg wurden die im Verhältnis zu den staatlich fixierten Verkaufspreisen wesentlich schneller gestiegenen Produktionskosten genannt, die Investitionen in eine Produktionsausweitung

verhindert hätten. Gleichzeitig mit der Preiserhöhung beschloß die Provinz Jilin den Beschäftigten einen finanziellen Ausgleich in Höhe von 5,5 Yuan monatlich zu zahlen (SWB, 5.11.90).

Inwieweit durch die Preiserhöhungen das Realeinkommen der Bevölkerung reduziert wird, bleibt abzuwarten. Bis Oktober d.J. stiegen die Einkommen um 11,1%, während sich die Preise bis zum 3.Quartal 1990 dagegen nur um 2,3% gegenüber der Vergleichsperiode 1989 erhöhten. -schü-

*(40)

Korruptionsbekämpfung weiterhin erforderlich

Auf einer nationalen Arbeitskonferenz der leitenden Staatsanwälte forderte Generalstaatsanwalt Liu Fuzhi am 6.November 1990, den Kampf gegen Korruption und Bestechung in den Mittelpunkt der staatsanwaltlichen Arbeit im kommenden Jahr zu stellen (SWB, 9.11.90).

Von Januar bis August dieses Jahres registrierten die Staatsanwälte in ganz China über 45.000 Fälle von Korruption und Bestechung, ein Anstieg von 70% gegenüber der Vergleichsperiode 1989. Das Ausmaß der Korruption hat sich auch hinsichtlich der darin verwickelten Geldsummen erhöht, so wurden in den 13.000 schwersten Korruptions- und Bestechungsfällen Summen von 10.000 Yuan und mehr aufgedeckt (SWB, 17.10.90). Von Januar bis Oktober d.J. wurden 24 besonders schwerwiegende Fälle der Korruption und Unterschlagung registriert, in denen es um jeweils rd. 1 Mio. Yuan ging (SWB, 15.10.90).

Bis Anfang November d.J. sind nach Liu Fuzhi Untersuchungen gegen mehr als 1.000 Kader geführt worden, die in 940 schweren Korruptions- und Bestechungsfällen zur Verantwortung gezogen wurden. Die Anzahl der angeklagten Kader auf Kreis- und Abteilungsebene betrug 976, die der Kader auf Amts- und Hauptabteilungsebene 53; gegen drei Kader auf Provinz- und Ministeriebene ergingen entsprechende Strafen (SWB, 9.11.90).

In vielen Provinzen wurden zur Bekämpfung der Korruption und Bestechung neue Abteilungen unterhalb der Generalstaatsanwaltschaft auf Provinz-

ebene eingerichtet. In der Anti-Korruptionskampagne wird auch eine sechsteilige Fernsehserie eingesetzt, in der die Gründe der Korruption, die Notwendigkeit einer unbestechlichen Regierung und vor allem die Anstrengungen der kommunistischen Partei bei der Bekämpfung der Korruption dargestellt werden (SWB, 5.10.90; XNA, 13.11.90).

Die Korruption in den eigenen Reihen der KPCh stellt die Legitimität der Partei in Frage und wurde bei den Demonstrationen im Frühjahr 1989 scharf kritisiert. Li Ximing, Mitglied des Zentralkomitees der KPCh und Sekretär des Parteikomitees der Stadt Beijing, wies Mitte November d.J. darauf hin, daß Unregelmäßigkeiten und Korruption innerhalb der Partei weiterhin noch ernste Probleme seien. Auf einer Tagung zur Verbreitung des "Geistes der ASEADE", Förderung der administrativen Ethik in der Hauptstadt, Bekämpfung der Korruption sowie Verstärkung der Beziehungen zwischen Partei und Bevölkerung warnte Li Ximing davor, die starken Vorbehalte der Bevölkerung gegen die Korruption der Parteimitglieder zu unterschätzen. Die Unregelmäßigkeiten im Verhalten der Parteimitglieder basieren nach Li Ximing auf der Ausnutzung der jeweiligen Position zum eigenen Vorteil oder auf Kosten des öffentlichen Interesses (SWB, 19.11.90).

Chinesische Angaben über das Ausmaß der Korruption variieren oft in ihrem jeweils angegebenen Zahlenmaterial. Wichtig erscheint jedoch, daß die Bedingungen für das Entstehen der Korruption wie diskretionäre Handlungsspielräume der Verwaltungs- und Wirtschaftskader bei der Verfügung über knappe Ressourcen, unklare gesetzliche Bestimmungen und fehlendes Rechtsverständnis nach wie vor weiter existieren. Fraglich ist auch, ob die Kampagnen gegen die Korruption der Regierung nicht neue Möglichkeiten eröffnen, unbeliebte Wirtschaftsfunktionäre auszuschalten, die im fließenden Grenzbereich zwischen allseitig akzeptierten regelwidrigen Handeln und Ausnutzung bestehender legitimer Möglichkeiten arbeiten müssen. -schü-

***(41)**
Chinas Militärhaushalt wird angeblich immer kleiner

Nach Angaben der Zeitschrift *Jingji Yanjiu* (1990, Nr.6) stiegen die Rüstungsausgaben Chinas in den 28 Jah-

ren von 1950 bis 1978 jährlich um 5,4%, während sie seitdem, d.h. zwischen 1979 und 1988, jährlich um durchschnittlich 2,8% wieder zurückgegangen sind. Die Phase der Absenkung wiederum lasse sich in zwei Zeitabschnitte unterteilen: Zwischen 1979 und 1983 gingen die Militärausgaben nur langsam zurück. Setze man die Militärausgaben von 1978 gleich 100, so habe sich der Index in den nachfolgenden Jahren auf folgende Werte belaufen: 1979: 130,1, 1980: 106,8, 1981: 90,4, 1982: 93,1 und 1983: 92,2. Der Spitzenwert von 1979 lasse sich auf die damaligen militärischen Auseinandersetzungen mit Vietnam zurückführen.

In der zweiten Phase (1984-1988) verlief die Entwicklung folgendermaßen (wiederum gemessen am Index von 1978 = 100): 1984: 91,5, 1985: 89,1, 1986: 88,1, 1987: 85,7 und 1988: 75,2. Hier sei also eine beschleunigte Reduzierung der Rüstungsausgaben um durchschnittlich 4% zu verzeichnen gewesen.

Die Belastung der Volkswirtschaft sei Hand in Hand mit dieser Entwicklung ebenfalls ständig gesunken. Der Anteil der Rüstungsausgaben am BSP habe sich in den Jahren 1981-1988 auf folgende Werte belaufen: 1981: 3,52%, 1982: 3,4%, 1983: 3,05%, 1984: 2,6%, 1985: 2,24%, 1986: 2,06%, 1987: 1,85% und 1988: 1,56%.

Auch der Staatshaushalt sei von Militärausgaben kontinuierlich entlastet worden: Außer in den Jahren des "Großen Sprungs nach vorn" (1958-1960), als der Anteil bei 9-12% lag, hatte er sich stets auf rd. 18% belaufen. 1980 jedoch sanken die Militärausgaben auf 16% des Staatshaushalts, 1984 auf 11,7% und 1988 sogar auf nur noch 8,2%: Dies war der niedrigste Stand seit Gründung der VR China. -wc-

Taiwan

***(42)**
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nicaragua

Zwischen der Republik China (Taiwan) und Nicaragua wurde am 6. November eine Vereinbarung über die Wiederherstellung der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden

Seiten getroffen. (ZYRB, LHB und CP 7.-8.11.90) Vor fünf Jahren hatte Taiwan die Beziehungen mit dem lateinamerikanischen Staat abgebrochen, nachdem dieser am 7. Dezember 1985 diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen und Beijing als die "einzige legitime" Regierung Chinas und Taiwans als einen "untrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China" anerkannt hatte. (Siehe dazu C.a. Dezember 1985, Ü 42, S.810)

Seit vergangenem Jahr hat die Regierung Taipei einen neuen Kurs der "pragmatischen" (wushi) oder "flexiblen" (tanxing) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch der Alleinvertretung für Gesamtchina. Offiziell oder verbal wird das Ein-China-Prinzip zwar nach wie vor nicht aufgegeben, doch ist man bereit, diplomatische Beziehungen zu jedem Land aufzunehmen, das auch diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält. Die neue Außenpolitik tat bislang besonders in der Dritten Welt ihre Wirkung, weil Taiwan neben dem "flexiblen" Prinzip auch großzügige Entwicklungshilfe an die ärmeren Länder bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen verspricht. Seit dem Einsatz der "flexiblen" Diplomatie hat Taiwan bereits zu sechs Staaten diplomatische Beziehungen auf- bzw. wiederaufgenommen: Grenada, Liberia, Belize, Lesotho, Guinea-Bissau und Nicaragua. Mit Ausnahme von Mexiko unterhält Taiwan jetzt mit allen mittelamerikanischen Staaten diplomatische Beziehungen.

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten will Taiwan die vor fünf Jahren suspendierte Entwicklungshilfe an Nicaragua wieder freigeben. Außerdem hat Taiwan der nicaraguanischen Delegation unter Leitung von Vizeaußenminister Ernesto Leal neue Entwicklungshilfe im Rahmen des "Fonds für Wirtschaftszusammenarbeit in Übersee" sowie Investitionsgarantie taiwanesischer Unternehmen in Nicaragua zugesichert. Der Machtwechsel in Managua, die Ablösung der marxistischen Regierung nach den Wahlen im Februar d.J. hat auch eine der Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan hervorbracht.

In Taipei sagte der nicaraguanische Vizeaußenminister Leal gegenüber der Presse, daß seine Regierung diplomatische Beziehungen sowohl zu Taipei als